

2-24

ZB MED

# ÄRZTE & ZEITUNG

D 8877

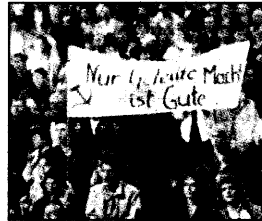
JOSEPH-STELZMANN-STR. 9 50931 KOELN

Montag, 16. Oktober 2000 **DIE TAGESZEITUNG FÜR ÄRZTE** Nr. 184, Jahrgang 19



## In den Streit um das Honorar der Fachärzte in Niedersachsen

hat sich nun auch die Politik eingeschaltet. Sozialministerin Heidi Merk (SPD) hält die Behauptung, daß Jobs auf dem Spiel stünden für „Schwarzmalerei, die als Argument im Verteilungskampf“ benutzt wird.



## Die Angst vor militärischer Gewalt

war vor allem bei den ersten Leipziger Montagsdemonstrationen nicht unbegründet. In der Chirurgischen Uniklinik sollten Betten freigehalten und Blutkonserven bereitgestellt werden.



## Kunstwerke als Mitteilung des eigenen inneren Erlebens

sind die Bilder von Psychiatrie-Patienten. 90 Werke sind derzeit in der Wiener Ausstellung „Psyche und Kultur“ zu sehen, darunter Bilder des Amerikaners Richard Lachmann, der darin seine Befindlichkeit aufarbeitet.

**Gesundheitspolitik** Seite 2/6     **10 Jahre deutsche Einheit** Seite 22     **Allgemeines / Kultur** Seite 23

Refluxkrankheit  
**Sodbrennen – große Aktion startet heute**

Neu-Isenburg (eb). Bei der Aktion „Alarmzeichen Sodbrennen“ werden ab heute mehrere Millionen Patienten-Fragebögen verteilt. Anhand der Antworten läßt sich bei regelmäßi-

**AKTION Alarmzeichen Sodbrennen!**

gem Sodbrennen das Risiko für eine Refluxkrankheit abschätzen. Er gibt sich ein erhöhtes Risiko, werden Patienten aufgefordert, ihren Hausarzt aufzusuchen. Wann sind dann weitergehende Untersuchungen nötig? Wenn mindestens zwei Tage die

KV-Chef Bausch vergrätzt über Spielraum mancher Klinik

## Bei Arzneiverordnungen messen Krankenkassen offenbar mit zweierlei Maß

Frankfurt/Main (vdb). Was in einigen Kliniken unter den Überschriften „Ganzheitliche Medizin“, „Immunbiologische Medizin“ oder „Immunstärkungstherapie“ firmiert und von den Kassen unterstützt wird, ist für den ambulanten Bereich tabu. Hier könnte dem KBV-Arzneimittelexperten Dr. Jürgen Bausch der Hut hoch gehen. „Die Kassen halten uns bei der Ver-

in Bad Mergentheim behandelt wurde, darauf bestanden, daß die dort praktizierte Therapie ambulant fortgesetzt wird. Ihr Hausarzt habe die Behandlung unter Hinweis auf die Arzneimittelrichtlinien abgelehnt, so Bausch. Darauf ist die Patientin vor das Sozialgericht Nürnberg gezogen. Irritiert wendet sich das Gericht an den Bundesausschuß Ärzte und Kassen und bittet um Stellungnahme.

